



Zwei im gleichen Boot: SP-Ständerat Paul Rechsteiner (l.), Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer, 2014.

## Wenn Bürgerliche Gift trinken

Die Schweiz gilt als bürgerliches Land. Schön wär's. Tatsache ist: Der Sozialismus breitet sich aus. Scheinbürgerliche Politiker und Wirtschaftsverbände machen es möglich. Zum Schaden der Schweiz.

Von Christoph Blocher

Die Schweiz gilt gemeinhin als bürgerlicher Staat. Aber wo ich auch hinkomme, schimpft man über den Zentralismus, über die wachsende Bürokratie, über die sich mächtig ausbreitende Regulierung, über mehr Formulare, dauernd mehr Verbote und Vorschriften und – vor allem – über verlorene Freiheiten.

Warum herrschen solche sozialistischen Missstände? Und warum denn in einem sogenannten bürgerlichen Staat?

### Marsch nach links

Ist unsere Bürgerschaft noch bürgerlich? Tatsächlich wurden in der Schweiz alle krassen Forderungen linker Parteien vom Volk abgelehnt: Lehrwerkstätteninitiative, betriebliche Mitbestimmung, mindestens sechs Wochen staatlich verordnete Ferien, staatliche Mindestlöhne, 1:12-Initiative, Steuerharmonisierung, nationale Erbschaftssteuer und Energie- statt Mehrwertsteuer. Warum aber rutscht die Schweiz trotzdem immer mehr nach links und untergräbt die bürgerlichen Grundwerte? Weil Verwaltung,

Parlament und Regierung links stehen! Das süsse Gift des Sozialismus schmeckt nicht nur der Verwaltung, sondern auch den Politikern weitherum bis tief in die bürgerlichen Reihen. Ein Blick in den Alltag genügt.

### Abgaben und Gebühren – statt Steuern

Dieser Tage hörte ich am Radio: «CO<sub>2</sub>-Abgabe wird erhöht». Ein «bürgerliches» Parlament hat seinerzeit eine Bestimmung erlassen, laut der der Bundesrat selbständig höhere CO<sub>2</sub>-Abgaben beschliessen kann, wenn ein Bericht – natürlich auch von der Verwaltung eingeholt – die Voraussetzung für den Erhebungsbeschluss nachweist. Das steht im krassen Gegensatz zum liberalen Bundesstaat, der seinerzeit die Steuersätze in der Bundesverfassung verankert hat, damit Steuern nur mit Zustimmung von Volk und Ständen erhöht werden können. Jetzt weicht man aus auf Abgaben, deren Höhe durch den Bundesrat beschlossen wird. Die Bürger haben nichts mehr zu sagen.

Das Ganze hat System! Man erklärt Steuern zu Abgaben oder Gebühren. So geschehen beim Radio- und Fernsehgesetz, das neu auch Bürger, die weder Fernsehen noch Radio besitzen, zum Zahlen verpflichtet. Neu geht mit diesem Gesetz die Kompetenz, solche «Gebühren» zu erhöhen, an den Bundesrat. In Zukunft bestimmt also die Exekutive allein über neue Lasten der Bürger, obwohl das Bundesgericht entschieden hat, diese Gebühren seien eine

### Die Forschungsförderung hat keine grundlegenden neuen Erfolge vorzuweisen.

Steuer. Auch der Wirtschaftsverband Economiesuisse, der die Interessen der Unternehmen vertreten sollte, beschliesst die Ja-Parole zugunsten dieses antibürgerlichen Zentralismus. Die Sozialisten und Grünen allein hätten diesen sozialistischen Akt nicht beschliessen können. Weiter im Tramp – anbei alles Bei-

spiele der letzten paar Wochen. Gross war der Applaus zum Beschluss der Parlamente in Bundesbern und Zürich, laut dem «Innovationsparks» vom Staat mit Steuergeldern subventioniert werden sollen: Treibende Kraft waren nicht linke Parteien, sondern sogenannte Wirtschaftspolitiker der FDP! Die angeblich «bürgerliche» NZZ kanzelte Kritiker als einfältig und rückständig ab.

«Innovation» tönt immer gut. Und als Unternehmer weiss ich, dass Innovation entscheidend ist. Nur entsteht sie im Betrieb, in der eigenen Forschung und Entwicklung. Sie beginnt sicher nicht mit einem «Park», und schon gar nicht mit Steuergeldern. Wo der Staat Geld gibt, da sind auch staatliche Kontrolle, Bürokratie und Regulierung. Höhere Staatsausgaben und Steuererhöhungen sind unvermeidlich.

Zudem: Wer eigenständig forscht und entwickelt, wird benachteiligt, wenn der Staat das Forschen und Erfinden durch Subventionen an sich reisst. Die Innovationsfähigkeit eines Landes wird behindert statt gefördert. Der Unternehmer, der noch kein staatliches Geld bekommen hat, wird dazu verführt, auch die Staatskrücken zu ergreifen oder selbst nichts mehr zu tun.

Es ist und war stets so: Wenn der Staat etwas fördert, das an sich gut ist, aber das nicht dem Staate obliegt, so schadet er der Sache, es nützt

### Es wird mit diesem Modell nicht der Schutz der Arbeitnehmer erreicht, sondern das Gegenteil.

ihr nichts. Einmal ist es Innovation, dann Forschung, dann Produktion, dann Beschäftigung, dann Wirtschaftsförderung.

Zur Forschungsförderung legte der frühere liberale Rechtsstaat fest: Lehre und Grundlagenforschung sind Sache der Hochschulen, betriebliche Forschung ist Sache der privaten Unternehmen. Das war wirkungsvoll! Neu wird durch die exzessive Forschungsförderung mit riesigen finanziellen Mitteln aus dem EU-Forschungsprogramm ein gigantischer, unüberblickbarer internationaler Forschung-Honigtopf gespiesen, an dem sich die Schweizer Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen laben. Aber die Forschungsförderung hat keine grundlegenden neuen Erfolge vorzuweisen. Sie finanziert Tätigkeiten, die man als Forschung bezeichnet.

Den Überblick bis ins Einzelne hat niemand mehr. Erfolge sind weder mess- noch sichtbar. Ein amerikanischer Ökonomieprofessor hat mir kürzlich erklärt: Es sei interessant, in der Zeit vor den umfangreichen europäischen Rahmen- und Forschungsprogrammen und der Schweizer Beteiligung daran habe die Schweiz die grösste Nobelpreisträger-Dichte aufgewiesen. Seither seien keine Schweizer mehr mit



Sozialistischer Weg: Bundesrat Schneider-Ammann spricht über den Gesamtarbeitsvertrag, 2011.

dem Nobelpreis ausgezeichnet worden, obwohl das Land viel mehr Staatsgelder für Forschung und Entwicklung ausgegeben habe. Die Schweiz hat den ordnungspolitischen Pfad verlassen und geht heute den Weg der Interventionisten, der Sozialisten. Angeblich bürgerliche, tatsächlich aber linke Wirtschaftsverbände marschieren auf diesem Irrweg mit.

### Freier Arbeitsmarkt ade

Und wie steht es mit dem Arbeitsmarkt? Der freie Arbeitsmarkt war eine grosse Stärke der Schweiz. Staatliche Mindestlöhne, Kündigungsschutz, Lohnkontrollen, all diese angeblich sozial genannt – aber letztlich sozialistischen – Modelle, die der Beschäftigung und Wohlfahrt massiv schaden, waren der Schweiz fremd. Verbindlich erklärte Kollektivarbeitsverträge waren selten.

Das ist mit ein Grund, dass es den Schweizer Arbeitnehmern besser geht als in anderen Ländern. Die wirtschaftliche Misere in Italien, Frankreich, Portugal – ich kenne mich als Industrieller in diesen Ländern arbeitsrechtlich etwas aus – ist ganz wesentlich auf diese regulierten Arbeitsmärkte zurückzuführen. Doch mit den neu eingeführten flankierenden Arbeitsvertragsregelungen geht die Schweiz auch auf diesem sozialistischen Weg weiter. Das ist für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz verheerend. Der bürgerliche Bundesrat – ironischerweise mit einem ehemaligen Unternehmer als Ausführer – erklärt immer mehr Gesamtarbeitsverträge für verbindlich. In diesen Verträgen wird jeweils festgehalten, dass die Gewerkschaften und der Arbeitgeberverband einen namhaften Beitrag pro Mitarbeiter in ihre Kassen erhalten.

Auch eine kleine Korruption ist eine Korruption. Es wird mit dem sozialistischen Modell nicht der Schutz der Arbeitnehmer er-

reicht, sondern das Gegenteil. Dass der Sozialismus – wie die Praxis der letzten hundert Jahre beweist – keinen Erfolg hat, steht fest. Aber der Sozialismus ist bequem. Er nimmt die Verantwortung vom einzelnen Bürger weg (wenn auch nur scheinbar), schafft angeblich beträchtliche Erleichterung im täglichen Leben und verteilt viel Geld der Steuerzahler auf zahlreiche andere Bürger, die davon abhängig werden. Es ist bedauerlich, dass die Classe politique zunehmend diesen Weg geht. Die Folgen sind bereits sichtbar. Dass die Steuereinnahmen rückläufig sind, hat damit zu tun. Es bleibt den Bürgern, den Unternehmen, den Steuerzahlern immer weniger.

### Sophismus im Bürgertum

Die Linke muss zu diesem Irrweg wenig beitragen. Economiesuisse nimmt ihr vieles ab, und auch auf scheinbürgerliche Politiker kann sie sich verlassen.

«Aber es geht uns doch immer noch besser als dem Ausland», wird gesagt. Verdächtig ist dieses «noch». Und wollen wir uns wirklich mit den schlechten Beispielen des Auslands messen?

Wie habe ich doch in der Kinderstube vom Vater gelernt, wenn ich mein schlechtes Verhalten mit dem noch schlechteren der Nachbarskinder rechtfertigte? «Ein Tor, der an des Nachbarn Kinderstreichchen sich Trost sucht für das eigene schwache Tun.»



Christoph Blocher, 74, ist Unternehmer und SVP-Politiker. Er war Nationalrat (1979–2003; 2011–2014) und Bundesrat (2004–2007). Seit März 2008 ist er Vizepräsident der SVP Schweiz.